

BUNDESSOZIALGERICHT



Beschluss in dem Rechtsstreit

Az: B 1 KR 5/07 S

L 8 SF 44/06 KR ARG (Hessisches LSG)
S 6 KR 761/01 (SG Marburg)

.....,

Kläger und Beschwerdeführer,

g e g e n

Barmer Ersatzkasse,
Lichtscheider Straße 89-95, 42285 Wuppertal,

Beklagte und Beschwerdegegnerin.

Der 1. Senat des Bundessozialgerichts hat am 19. Dezember 2007 durch die
Richter Prof. Dr. Schlegel, Dr. Kretschmer und Dr. Hauck
beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers wegen Untätigkeit des Hessischen Landessozial-
gerichts wird als unzulässig verworfen.

Kosten des Verfahrens vor dem Bundessozialgericht sind nicht zu erstatten.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



Gründe :

I

- 1 Das Landessozialgericht (LSG) hat die Anhörungsrügen des Klägers gegen den Beschluss des LSG vom 11.1.2006 (L 8 SF 118/05 KR), in dem es über die Ablehnung von Richtern entschieden hat, mit Beschluss vom 1.3.2006 (L 8 SF 15/06 ARG) und die vom Kläger dagegen erhobene Anhörungsrüge und Gegenvorstellung durch Beschluss vom 24.7.2006 als unzulässig verworfen. Gegen diesen Beschluss hat der Kläger am 17.8.2006 "Antrag nach § 178a SGG", hilfsweise Gegenvorstellung erhoben. Mit Schreiben vom 5.2.2007 hat der Kläger "Untätigkeitsbeschwerde gemäß § 17c GVG bzw. gemäß § 198 GVG" beim Bundessozialgericht (BSG) eingelegt.

II

- 2 Die Beschwerde des Klägers ist unzulässig und daher entsprechend § 169 SGG ohne Beteiligung der ehrenamtlichen Richter zu verwerfen.
- 3 1. Der Kläger hat die Beschwerde selbst eingelegt und sich nicht durch einen nach § 166 Abs 2 SGG zugelassenen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen, wie es § 166 Abs 1 SGG voraussetzt.
- 4 2. Eine Umdeutung seines Begehrens (Untätigkeitsbeschwerde) in ein Prozesskostenhilfegesuch kommt nicht in Betracht. Denn der Kläger hat eindeutig "Untätigkeitsbeschwerde" eingelegt. Ein solches Gesuch wäre zudem - hierauf ist ergänzend hinzuweisen - offenkundig aussichtslos. Eine Untätigkeitsbeschwerde ist derzeit im Gesetz nicht vorgesehen. Unter solchen Umständen sieht es das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) - jedenfalls außerhalb des Bereichs gerichtlicher Untätigkeit bei freiheitsentziehenden Maßnahmen - als fraglich an, ob die gesetzlich nicht geregelte Untätigkeitsbeschwerde dem aus dem Rechtsstaatsgebot abzuleitenden Gebot der Rechtsmittelklarheit genügen kann (*vgl BVerfG 1. Senat 1. Kammer, Beschluss vom 10.6.2005 - 1 BvR 2790/04 - NJW 2005, 2685, juris RdNr 29; generell ablehnend: Beschluss des Plenums des BVerfG vom 30.4.2003, BVerfGE 107, 395, 416 = SozR 4-1100 Art 103 Nr 1*). Danach müssen die Rechtsbehelfe in der geschriebenen Rechtsordnung geregelt und in ihren Voraussetzungen für die Bürger erkennbar sein (*Beschluss des Plenums des BVerfG, BVerfGE 107, 395, 416*). Das rechtsstaatliche Erfordernis der Messbarkeit und Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns führt zu dem Gebot, dem Rechtssuchenden den Weg zur Überprüfung gerichtlicher Entscheidungen klar vorzuzeichnen (*vgl BVerfGE 49, 148, 164; 87, 48, 65; 107, 395, 416*). Die rechtliche Ausgestaltung des Rechtsmittels soll dem Bürger insbesondere die Prüfung ermöglichen, ob und unter welchen Voraussetzungen es zulässig ist (*vgl BVerfGE*



107, 395, 416). Deshalb geht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) davon aus, eine richterrechtlich begründete außerordentliche Untätigkeitsbeschwerde sei kein wirksamer Rechtsbehelf gegen eine überlange Verfahrensdauer (*EGMR, Große Kammer, Urteil vom 8.6.2006, NJW 2006, 2389 ff*). Im Hinblick auf diese Entscheidungen verbleibt kein Raum dafür, zur Vermeidung eines Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ohne gesetzliche Grundlage durch Richterrecht eine Untätigkeitsbeschwerde zu schaffen, um auf ein laufendes Verfahren einzuwirken (*aA - bezüglich der nachträglichen Feststellung einer Untätigkeit - vor dem Urteil des EGMR vom 8.6.2006 noch BSG <4. Senat> SozR 4-1500 § 160a Nr 11 RdNr 21 ff*). Dementsprechend haben auch der Bundesfinanzhof (*Beschluss vom 4.10.2005 - II S 10/05, juris RdNr 4; Beschluss vom 24.5.2006 - VII S 12/06, juris RdNr 5*) und das Bundesverwaltungsgericht (*Beschluss vom 5.12.2006 - 10 B 68/06, juris RdNr 1*) entschieden, dass es ein Rechtsinstitut der "verfassungsrechtlich gebotenen Untätigkeitsbeschwerde" nicht gibt.

- 5 Das gilt erst recht, soweit mit der Untätigkeitsbeschwerde ein höheres Gericht angerufen wird, zu dem im ordentlichen Verfahren der Rechtszug nicht eröffnet ist (*vgl BSG, Beschluss vom 21.5.2007 - B 1 KR 4/07 S, SozR 4-1500 § 160a Nr 17*). So lag es hier. Bereits der Ausgangsbeschluss des LSG vom 11.1.2006 über das Ablehnungsgesuch war, worauf das LSG zutreffend hingewiesen hat, gemäß § 177 SGG mit einer Beschwerde an das BSG nicht anfechtbar (ebenso wenig wie die Beschlüsse über die Anhörungsrügen).
- 6 3. Die Kostenentscheidung beruht auf analoger Anwendung des § 193 SGG.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)